

Die großen Herausforderungen der Großen Koalition

PETER BOFINGER

Eine Große Koalition kann Fluch oder Segen sein. Sie kann zu politischer Stagnation führen, wenn sich die widerstreitenden Kräfte so blockieren, dass immer nur der kleinste gemeinsame Nenner verwirklicht werden kann. Sie hat aber auch das Potenzial, epochale Entscheidungen voranzubringen, wenn es gelingt, die Kräfte auf ein gemeinsames Ziel hin zu bündeln. In welche Richtung sich die neue Große Koalition entwickeln wird, ist nach den wenigen Wochen in Regierungsverantwortung noch nicht zu erkennen. Aber es steht außer Zweifel, dass es im Bereich der Wirtschaftspolitik ungewöhnlich große Herausforderungen gibt, die nur mit einem gemeinsamen mutigen Handeln bewältigt werden können.

Dies gilt insbesondere für die Europäische Integration, die im Koalitionsvertrag nur am Rande behandelt wurde. Die seit dem Sommer 2012 eingetretene Beruhigung auf den europäischen Finanzmärkten und die zögerliche Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum könnten auf den ersten Blick als eine Bestätigung der Politik des „Durchwurstelns“ angesehen werden. Die Situation in den südeuropäischen Problemländern ist jedoch nach wie vor sehr ernst. Diese stehen zwar nicht mehr vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit, aber die Arbeitslosenraten werden auf absehbare Zeit unerträglich hoch bleiben. Der Zustand der Staatsfinanzen ist weiterhin kritisch. Da die Neuverschuldung vor allem in Irland, Spanien und Portugal noch immer rund doppelt so hoch liegt wie die Defizitgrenze des Maastricht-Vertrags, werden die ohnehin hohen Schuldenstandsquoten weiter ansteigen. Damit bleiben diese Länder über Jahre hinweg sehr anfällig für jederzeit mögliche Panikattacken der Finanzmärkte. Zu den chronischen Problemen in den Peripherieländern zählt auch die schwache Verfassung ihrer Banken, die unter steigenden Kapitalanforderungen bei weiterhin hohen Risiken ihrer Kreditportfolien leiden. Das führt nicht nur zu einer Einschränkung des Kreditgeschäfts, sondern auch zu vergleichsweise hohen Kreditzinsen. Insgesamt gesehen sollte man sich also nicht darauf verlassen, dass sich die Währungsunion jetzt bereits wieder in einem sicheren Fahrwasser befindet. Im Falle größerer Schocks wäre nur die Europäische Zentralbank (EZB) in der Lage, das System umfassend zu stabilisieren. Darin besteht das Grundproblem. Die von ihr für eine solche Situation angekündigten unbegrenzten Ankäufe von Staatsanleihen (outright monetary transactions) könnten jedoch politisch an Grenzen stoßen: wenn es in einem größeren Mitgliedsland nicht möglich ist, das dafür erforderliche wirtschaftspolitische Anpassungsprogramm zu beschließen.

Alles in allem sollte man die Augen nicht davor verschließen, dass die derzeitige Architektur der Währungsunion alles andere als stabil ist. Das Nebeneinander einer vollständig integrierten Geld- und Währungspolitik mit 18 unabhängigen nationalen Fiskalpolitiken wird zwangsläufig immer wieder zu größeren politischen und ökonomischen Verwerfungen

führen. Und die dabei allein mögliche Absicherung durch die EZB bedeutet nichts anderes als eine indirekte Form der Gemeinschaftshaftung mit einer unzureichenden Kontrolle über die Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten. Es gibt deshalb auf Dauer nur die Wahl zwischen einem integrationspolitischen Rückschritt mit einer Renationalisierung des Geldes und einem großen Sprung nach vorn, bei dem fiskalpolitische Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen werden. Mit einer wirksamen supranationalen Kontrolle über die Fiskalpolitik könnten dann auch explizite Formen der Gemeinschaftshaftung ins Auge gefasst werden. Größere Kompetenzen für „Brüssel“ wären dabei nur dann vertretbar, wenn die demokratische Legitimation erheblich verbessert wird. Konkret könnte man sich das so vorstellen, dass die budgetpolitische Kontrollfunktion durch einen vom Europäischen Parlament gewählten Europäischen Finanzminister wahrgenommen wird.

Die einzige Alternative zu einer besseren politischen Kontrolle über die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten besteht in der von vielen Ökonomen propagierten „Marktdisziplin“. Letztlich besagt das nichts anderes, als dass Geld die Welt regieren sollte. Anstelle einer Kontrolle der Finanzmärkte durch die Staaten würde es zu einer Kontrolle der Staaten durch die Finanzmärkte kommen. Nach dem unglaublichen Versagen der Akteure in Banken, Investmenthäusern und Hedgefonds ist es schon erstaunlich, dass überhaupt an eine solche Lösung gedacht wird. Wenn wir also nicht wollen, dass Finanzmärkte über die Zukunft unserer Gesellschaft bestimmen, sollten wir alles tun, dass Europa von wirksamen, demokratisch legitimierten Instanzen regiert wird.

„Mehr Europa“ ist derzeit alles andere als populär. Doch genau hierin besteht die epochale Chance der Großen Koalition. Deutschland muss den ersten Schritt tun, wenn eine neue integrationspolitische Dynamik in Europa entfaltet werden soll. Und nur im Konsens der großen Parteien wird es möglich sein, die Menschen in Deutschland davon zu überzeugen, dass das, was auf den ersten Blick überwiegend Nachteile für Deutschland mit sich zu bringen scheint, auf Dauer die beste Lösung für Wohlstand und Beschäftigung ist. ■

PETER BOFINGER, Prof. Dr., ist Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und lehrt Volkswirtschaft an der Universität Würzburg. Arbeitsschwerpunkte: Geldtheorie und -politik, Währungstheorie und -politik, Reform der sozialen Sicherungssysteme.

@ peter.bofinger@uni-wuerzburg.de